

Selektivität von Migrationsprozessen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern

Vorbemerkungen

So wie die allgemeine Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 durch den Beitritt zur BRD bestimmt wird, widerspiegelt sich dieser Prozess auch in bevölkerungsgeographischen bzw. regional-demographischen Belangen.

Zugleich wirken Strukturen aus der DDR-Zeit mit einer gewissen Persistenz nach und überlagern die Bedingungen der aktuellen Prozesse. Das gilt in besonderem Maße für die Migration.

Wanderungen sind nicht nur Möglichkeiten des Ausgleichs räumlicher Spannungen und standörtlicher Defizite, sondern auch demographische Siebungsprozesse, welche mit Ausnahme einer gewissen Totalmigration selektiv wirken.

Diese Selektivität ist jeweils abhängig von den konkreten gesellschaftlichen Konditionen, unter denen Migrationsprozesse ausgelöst bzw. ermöglicht werden. Diesbezüglich waren die Verhältnisse in der DDR über einen langen Zeitraum relativ konstant, wodurch sich eine gewisse Gleichförmigkeit in fast allen räumlichen Beziehungen herausbildete. Im ländlichen Raum, repräsentiert durch die ehemaligen Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg, im wesentlichen identisch mit dem heutigen Mecklenburg-Vorpommern, hatten diese Rahmenbedingungen zudem den Effekt eines relativ geschlossenen Systems, was sich sowohl auf politisch-ökonomische als auch auf demographische Strukturen bezieht.

Nach Quell- und Zielstandorten, dominanter Richtung und beteiligter Bevölkerung unterschieden sich die Wanderungen in der BRD und in der DDR grundlegend, wobei innerhalb der DDR die Nordbezirke noch eine besondere Position einnahmen. In der Literatur der 70er und frühen 80er Jahre (vgl. STROHBACH; WEBER; KRAMBACH) wird vielfach von einer klassischen demographischen Überschussregion gesprochen, d. h. von einem Abwanderungsgebiet, dessen migrationelle Verluste durch Überschüsse aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung wieder aufgefüllt werden.

In der Bilanz der Kreise und Bezirke traf das auch prinzipiell zu, auf der Ebene der Kommunen ergab sich aber ein grundlegend anderes Bild. Hier befand sich die Migration, unabhängig von inter- und intraregionaler Bewegung, in einem fast linearen Verhältnis zur Gemeindegröße: Je kleiner die Gemeinde, desto größer war in der Vergangenheit der relative Migrationsverlust, desto ungünstiger die Altersgliederung und in der Endkonsequenz folgte Sterbefallüberschuss. Besonders starker Zuzug hauptsächlich in die größeren Mittelstädte bzw. die meisten der damaligen Kreisstädte bewirkte dagegen dort – durch Verbesserung der Altersstruktur auch ohne höhere altersspezifische Fruchtbarkeit – bis in die jüngste Vergangenheit erhebliche Geburtenüberschüsse.

Zunächst waren fast nur die kleinsten Gemeinden vom überproportionalen Migrationsverlust betroffen, wegen Ende der 80er Jahre auch fast alle Kleinstädte und sogar einige kleinere Kreisstädte vom wanderungsbedingten Rückgang der Einwohnerzahlen erfasst wurden. Die durchschnittliche Einwohnerzahl, bei der migrationeller Bevölkerungsverlust in den kleinen Gemeinden in Bevölkerungszuwachs in den Zentren umschlug, gewissermaßen der Scheitelpunkt zwischen Gewinn und Verlust, erhöhte sich bis 1988 ständig.

Diese innergebietliche Differenzierung stellte sich als Polarisierung dar und umfasste einerseits 85 % aller Gemeinden, deren ländlicher Charakter neben anderen Attributen dominant durch die Landwirtschaft geprägt war. Andererseits ist die Bevölkerungsdynamik der "restlichen" 15 % als urban zu charakterisieren, was allerdings nicht vollständig auf Stadtbevölkerung im juristischen (Stadtrecht) oder statistischen (Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohner) Sinne schließen lässt. Vielfach waren hiermit auch kleinere Standorte gemeint, in denen die existentiellen Bedingungen zur Ausübung von Sonderfunktionen (z. B. Armee, Bildung, Gesundheitswesen) hoch subventioniert worden waren - Bedingungen, die mit dem politischen und ökonomischen

Systemwechsel von 1990 zumeist wegfielen, wodurch sich kurzfristig erhebliche Veränderungen in der Regionalstruktur ergaben.

Unterschiedliche Migrationsbedingungen in Deutschland vor 1990

Gegen Ende der 80er Jahre wurden die Migrationsverluste der Nordbezirke durch Geburtenüberschüsse im Jahresdurchschnitt um etwa 4.000 überkompensiert. Diese Bilanz stützte sich aber ausschließlich auf die großen Städten getragen, wogegen die Abwanderung in den kleinen Gemeinden, die Hauptquelle der Migration waren, nur zu 10 % bis 20 % durch Geburtenüberschüsse ausgeglichen wurde.

Obgleich diese Wanderungsprozesse für die Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns von gravierender Bedeutung waren und sind, ist es notwendig, sie in das migrationelle Geschehen Ostdeutschlands insgesamt einzuordnen, und die Wanderungsprozesse des Ostens gegenüber denen des Westens ins richtige Verhältnis zu setzen:

Anfang der 50er Jahre gab es in Deutschland inhaltlich kaum Differenzen im relativen Wanderungsvolumen. Es war die Phase der noch anhaltenden Korrektur der Disparitäten, die sich aus der Umsiedlung und den Flüchtlingsbewegungen Ende des Zweiten Weltkrieges sowie den anschließenden Vertreibungen ergaben. Mitte der 50er Jahre verringerte sich die Migrationsquote im Osten signifikant. Sie betrug ab Ende der 60er Jahre zeitweilig weniger als ein Drittel der Westquote (bezogen auf kreis- und gemeindegrenzenüberschreitende Bewegungen bei wesentlich kleineren Einheiten im Osten). Zwar ist das relative Migrationsvolumen der alten Bundesländer seit Anfang der 70er Jahre ebenfalls rückläufig gewesen und war zum Zeitpunkt der Vereinigung nur noch doppelt so hoch wie im Osten, doch drücken sich in diesen Differenzen bedeutsame Unterschiede in der Lebensweise und den Existenzbedingungen der Bevölkerung aus. Diese Differenzen, die sich aus der spezifischen gesellschaftlichen und politischen Situation in der DDR ableiteten, waren bezüglich der ländlichen Räume vielfach noch schärfer ausgeprägt. Die geringeren Migrationsquoten in der DDR-Zeit lassen sich u. a. wie folgt begründen:

- Starke Bindung von Arbeitsplatz und Wohnung: Dieser Sachverhalt kennzeichnet die Rolle der staatlichen und betrieblichen Lenkung bei der Wohnungsvergabe, z. B. über betriebsgebundene Kontingente.
- Fehlender freier Wohnungsmarkt: Es existierte ein permanenter Bedarf an Wohnraum, wobei der quantitative Mangel für die Entwicklung höherer Qualität kontraproduktiv war; die Mietpreise waren staatlich fixiert und weitgehend unabhängig von der konkreten Qualität; damit gab es keine Regulation der Migration über den Mietpreis bei veränderter Qualität.
- Steuerung der Migrationen durch spezifische Maßnahmen des Staates, insbesondere der sozial aktiveren Personen in der Gesellschaft, z. B. durch die "Absolventenlenkung": Eine grundsätzliche Voraussetzung zur Aufnahme eines Studiums war die Verpflichtung aller Hoch- und Fachschulabsolventen vor Antritt eines Studiums, sich mindestens für zwei Jahre nach dem Studium beruflich an Standorten einsetzen zu lassen, an denen es dafür eine "volkswirtschaftliche Notwendigkeit" gab, was quasi einer Dienstverpflichtung entsprach.
- Die in dieser Form oft gar nicht beabsichtigte, aber aus dem Wohnungsmangel heraus resultierende Hauptsteuerung der Wanderungen erfolgte durch die örtliche Platzierung des staatlichen Wohnungsbaus, vorrangig durch die Konzentration auf Berlin, die meisten ehemaligen Bezirksstädte, einige Kreisstädte und ausgewählte übrige Zentren. Dieser Konzentrationsprozess führte zu einer extremen Schieflage bei den Wanderungsströmen. Die Quellregionen der Migration erfuhren z. T. tiefgreifende demographische Erosionen, wobei insbesondere in den 80er Jahren der Bezirk Neubrandenburg die stärksten Relativverluste aufzuweisen hatte.
- Zuzugssperren waren spezifische Eingriffe des Staates, individuelle Bedürfnisse zur Verlagerung des Wohnsitzes zu unterbinden. Sie waren oftmals lediglich eine Reaktion auf Defizite in den ökonomischen Potentialen, aber auch Ausdruck von Unvermögen, das staatlich angestrebte Gleichgewicht von Wohnungen und Arbeitsplätzen planerisch und / oder über den Wohnungsbau zu realisieren.
- Tendenzen zur Suburbanisierung wurden weitgehend unterbunden. Gleichzeitig sind verschiedene Gebiete, v. a. an der Peripherie der Kreise und Bezirke bautechnisch und infrastrukturell schlechter gestellt gewesen, so daß der Wanderungsdruck aus diesen Räumen oftmals größer war als der Sog der Zentren. Dieser innergebietliche Umverteilungsprozess betraf vorrangig jene ländlichen Räume, in denen die Lebensqualität besonders stark beeinträchtigt war.

- Privateigentum an Wohnraum wirkte als Migrationsbremse. Immerhin lebten 27 % aller Haushalte in den damaligen Nordbezirken in Wohnungen im Privatbesitz, was als "soziales Refugium" eine Ausnahmesituation in der sozialistischen Gesellschaft darstellte und kaum leichtfertig aufgegeben wurde.

Diese und noch weitere Umstände bewirkten in ihrer Summe und gegenseitigen Überlagerung in noch viel stärkerem Maße eine Selektion der intellektuell potenteren und beruflich aktiveren Bevölkerung, als das für Migrationsprozesse, die solchen Zwängen nicht unterliegen, typisch ist.

Selektionsmechanismen in ländlichen Abwanderungsgebieten

Die vor 1990 die Migration beeinflussenden Faktoren lassen sich in ihrer Wirkung zu Komponenten der permanenten selektiven Abwanderung zusammenfassen. Im Hinblick auf die ländlichen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern ist insbesondere die Auswirkung des Gesamtprozesses auf die "zurückgelassene" Bevölkerung interessant. Komponenten und Auswirkungen lassen sich zwar nicht in jedem Falle im Sinne eines Ursache-Wirkungs-Gefüges einander eindeutig zuordnen, dennoch gibt es wie folgt zu klassifizierende dominante Relationen:

1. Die Abwanderung vom Dorf war sehr stark *altersspezifisch determiniert*. Sie wurde vorrangig von Einsteigern ins Berufsleben getragen. Je geringer das nichtagrare Arbeitsplatzangebot am Heimatort war, desto stärker wurde der Migrationsdruck der Schulabgänger. Zugleich wurde damit um die attraktivsten Ausbildungsplätze ein Wettbewerb ausgelöst, der weitgehend den bildungspolitischen Zielen der DDR-Zeit entsprach und durchaus als eine leistungsbezogene Bildungsgerechtigkeit interpretiert werden kann. Als Folge trat eine erhebliche *Überalterung* auf. Die Bevölkerung der gesamten Region weist zwar nach wie vor eine der günstigsten Altersgliederungen in Deutschland auf, doch beruht diese weitgehend auf der statistischen Dominanz von Stadtkreisen, Kreisstädten und einigen andere Zentren zumeist mit Sonderfunktion. Viele der übrigen Gemeinden wurden aber bereits 1987 als "demographische Krisengemeinden" ausgewiesen, d. h. sie waren schon damals "funktional als gesellschaftlicher Organismus existenzgefährdet" (WEISS 1989).
2. Die Abwanderung war *geschlechtlich differenziert*. Hier wirkten offenbar zwei Momente gleichzeitig. Einerseits war die Tätigkeit in der landwirtschaftlichen Primärproduktion für Mädchen wenig attraktiv, andererseits wurden ihnen in der Regel bessere schulische Abgangsleistungen bescheinigt, womit die bessere Abwanderungschance in städtische Tätigkeitsfelder vermittelt wurde.

Daraus resultiert eine schwerwiegende Deformierung der Sexualstruktur: In über 80 % aller Gemeinden, die bis 1990 als die Agrargemeinden anzusprechen waren, bildete sich in unterschiedlicher Ausprägung in den demographisch aktivsten Altersgruppen (22 bis 35 Jahre) ein Männerüberschuss von 22 bis 33 % (1987) heraus. Die sozialen Problem der betreffenden Standorte und Gebiete scheinen in fast allen Lebensbereichen mit diesem deutlich spürbaren Frauendefizit in den betreffenden Altersgruppen verknüpft zu sein.

Auf die demographischen Fragen beschränkt leitet sich daraus eine bedeutende Querverbindung von der räumlichen zur natürlichen Bevölkerungsbewegung ab: Die Kompensation von Wanderungsverlusten durch Geburtenüberschüsse darf die jeweiligen Potentiale nicht überfordern. Die Geburtenüberschüsse vieler ländlicher Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern vor 1990 sind nur durch eine außerordentlich hohe Fruchtbarkeit zu erklären. Aber bereits vor 1989 gab es mehrfach Hinweise darauf, dass die demographische Tragfähigkeit vieler Gemeinden selbst unter den Bedingungen der Förderung dieses erhöhten Reproduktionsertrages – insbesondere durch sozialpolitische Maßnahmen – schon lange nicht mehr gewährleistet war (WEISS 1987).

3. Die Abwanderung war stark *qualifikationsorientiert*. Die schulische Abgangsleistung kann als relativ strenger Katalysator für die spätere soziale Platzierung angenommen werden, da sie gemäß der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, das galt in der DDR vielleicht noch stärker als in der BRD, für lange Zeit die Qualität des beruflichen Lebensweges vorherbestimmt. Das Streben nach einer guten beruflichen Position vermittelte also zwischen den in der Schule gezeigten Leistung und dem Migrationspfad. Sofern die schulische Leistung als Indikator für die intellektuelle Disposition aufgefaßt werden kann, dürfte sie somit auch als ein Kriterium der diesbezüglichen Selektion angenommen werden. Daß es zwischen Migration und intellektueller Disposition eine Relation gibt, ist in der Literatur mehrfach belegt worden (MÜLLER 1937; NEYMARK 1961 - nach V. WEISS 1982, S. 101). Darin ist allerdings – wie bei den bekannten Beispielen von "brain drain", aber mit einem anderen Maßstab und auf einem anderen Niveau –

zumeist nur die zuweilen recht unterschiedlich bestimmte "Stärke" der aktiven Migranten angesprochen worden, und damit also der Gewinn für die Zielgebiete der Wanderungen.

Damit bleibt sowohl für die komplementäre Gruppe, die "Sesshaften", als auch für die Quellgebiete der Migrationen, die Abwanderungsgebiete, oft nur eine Schlussfolgerung übrig - die nach dem Gegenteil. Also sind Abwanderungsgebiete, insbesondere bei langanhaltender gleichgerichteter räumlicher Orientierung, hinsichtlich der sozialen Dynamik sowie der durchschnittlichen kulturellen, intellektuellen und bzw. oder psychogenetischen Wertigkeit benachteiligt.

In diesem Sinne sind als schwerwiegende Folge dieses Prozesses zunächst *Qualifikationsdefizite* anzusehen: Die Mehrheit der Bevölkerung im ländlichen Raum bzw. in den ehemaligen Agrargemeinden ist, gemäß der bisherigen Tätigkeit, auf die Landwirtschaft orientiert (gewesen). Abgesehen vom fehlenden Investitionskapital können Umschulungen und Qualifizierungsmaßnahmen, wie sie seit 1990 laufen, kurzfristig kaum den Übergang zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft bereiten. Zudem sind gerade die unter 2. erwähnten "überschüssigen" Männer überhäufig äußerst gering vorqualifiziert, zuweilen sozial deklassiert und/oder gehen - falls überhaupt - einer Arbeit mit geringen intellektuellen Ansprüchen nach. Die konkrete Kenntnis des Untersuchungsraumes läßt den Verdacht sehr schnell erhärten, dass zwischen einer derartigen Qualifiziertheit vieler der Betroffenen und ihrem - wie auch immer determinierten - individuellen Qualifikationspotential eine enge Korrelation besteht.

Darüber hinaus sind für die ländlichsten Teile der Region noch zwei besondere Phänomene zu nennen, die für einzelne Standorte einerseits ein ernstzunehmendes Entwicklungshindernis, andererseits eine bemerkenswerte Chance darstellen dürften:

Zunächst sei das überhäufige Vorkommen geistig Behinderter (Debiler, d. h. Personen mit einem Intelligenzquotienten zwischen 50 und 80) angesprochen. Lag ihr Anteil bei Kindern und Jugendlichen in der DDR etwa genau so hoch wie in der BRD, in der Regel zwischen 2,5 % und 2,8 % (BAUDISCH und WINTER 1989), so wurde für ausgewählte ländliche Gebiete ein Anteil von 4%, ohne die jeweilige Kreisstadt sogar von über 6 % nachgewiesen. In Ausnahmen betrug der Anteil dieser Gruppe in einigen kleinen Gemeinden allein bei Schülern über 15 %. In diesem Fall findet wohl auch eine migrationelle Negativselektion statt, denn der Personenkreis ist überproportional reproduktiv, hinsichtlich der intellektuellen Dispositionen ausgesprochen auto-reproduktiv und zudem sehr sesshaft (WEISS 1995). Allerdings sollte das Problem nicht überbewertet werden, denn es ist erstens eine Erscheinung vieler agrarischer Regionen, welche das Land Mecklenburg-Vorpommern lediglich hinsichtlich der traditionellen Dominanz der Agrarwirtschaft und der aktuellen sozialen Probleme besonders belastet, und zweitens fehlt es trotz einer repräsentativer Untersuchungen zur Sachlage (z. B. eine Analyse der Migration von 22 000 Personen in Relation zu ihren schulischen Leistungen) noch an hinreichender Erklärung.

Dagegen existiert(e) in vielen der ländlichsten Gemeinden - zunächst vielleicht verblüffend - ein ebenfalls überproportionaler Anteil hoch Qualifizierter. Zwar liegt die letzte zuverlässige flächendeckende statistische Erfassung von Personen nach ihrem Bildungsabschluss auf Gemeindebasis schon etwas zurück (VBWVGZ 1971), doch hatte sich in Mecklenburg-Vorpommern zumindest tendenziell bis 1989 grundlegend nichts an den Verteilungsmechanismen, Proportionen und Strukturen geändert.

Die Überhäufigkeit von Personen mit höherer Bildung ist einerseits Resultat der bereits oben beschriebenen staatlichen Eingriffe in das Wanderungsverhalten von Absolventen der Universitäten, Hoch- und Fachschulen in der DDR. Andererseits kommt hier in merkwürdiger Weise der DDR-spezifische Zentralismus zum Ausdruck: Bei einer formalen Identität von politischer und Wirtschaftsführung wurde versucht, die Leitungsstrukturen der Gesellschaft analog zu den Strukturen der jeweils höheren hierarchischen Ebene regional und lokale bis in die kleinste Gemeinde durchzusetzen - zumindest bestand das Bestreben danach. Damit gab es oftmals selbst in dispersen Orten eine volle Ausstattung mit Leitungskadern für die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft: akademisch gebildetes Führungspersonal in der Landwirtschaft, Lehrer, Ärzte und Tierärzte, politische Führungskräfte (bis auf wenige Ausnahmen hatten selbst die kleinsten Gemeinden einen hauptamtlichen Bürgermeister!), ja selbst die Kirche hatte vor 1990 wesentlich mehr Personal in der Fläche als heute (allein in Vorpommern sind kürzlich fast 50 Pfarrstellen zumeist auf dem Lande abgebaut worden!).

Bis auf letztere Gruppe sind neben der Absolventenlenkung noch viele andere Maßnahmen zum Tragen gekommen, um die sogenannte "sozialistische Intelligenz" in die Dörfer zu bekommen und dort auch zu halten, was sicher zu einer Verbesserung des allgemeinen Kulturniveaus beitrug. Die wirksamsten Maßnahmen wa-

ren neben den Kampagnen der 50er und frühen 60er Jahre ("Industriearbeiter aufs Land!") Parteaufträge und Delegierungen, also Maßnahmen, die formal einer Versetzung im Berufsbeamtentum entsprechen.

Im Unterschied zur außerordentlich starken Sesshaftigkeit der gering Qualifizierten besitzen Personen mit hohen Bildungsabschlüssen eine größere Migrationsbereitschaft. Jene nimmt aber mit dem Alter, der sozialen Integration, einer gewissen hierarchischen Etablierung, dem Aufbau lokaler Beziehungen usw. rasch ab. Wer vor 1989 auf die Dörfer kam und keine diesbezüglichen Bindungen zum Einsatzort entwickeln konnte, wanderte nach der Absolventenzeit wieder ab. Die Stelle wurde nach dem zentralen Einsatzschlüssel sofort wieder durch neue Absolventen aufgefüllt.

Das Ende der DDR brachte auch die Freiheit der Wahl des Arbeitsortes. Personen mit höheren Bildungsabschlüssen folgen nunmehr auch in Mecklenburg-Vorpommern den Gesetzen des (Arbeits-)Marktes. Daraus ergibt sich eine völlige migrationelle Umorientierung der intellektuellen Potentiale im ländlichen Raum. Zu den Gewinnern zählen die suburbanen Ränder der größeren Städte, wogegen die großen Räume zwischen den z. T. recht weitständigen Zentren mit hoher Dynamik verarmen. Die sozialen Folgen dieses Strukturbruchs sind noch nicht abzusehen. Ihre forschungsseitige Begleitung ist dringend geboten.

Aktuelle Entwicklungen und Interpretationsansätze

Bislang wurde davon ausgegangen, dass die migrationellen Siebungsprozesse und die daraus abgeleiteten Strukturen systemspezifisch die existentiellen Bedingungen der DDR-Zeit widerspiegeln und lediglich als eine Art Erbe zu betrachten sind. Selbst wenn es *nur ein Erbe* wäre, würde es auf Grund der Nachhaltigkeit demographischer Prozesse zumindest über die Bindung an jeweils eine "Generation" nachwirken. Ein spezielles Beispiel dafür sind die Geburtenausfälle der Jahre 1973 bis 1976 (Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und Beginn der kostenlosen Ausgabe der Pille in der DDR). Das demographische Echo dieser Zäsur verstärkte den Geburtenrückgang nach 1989 zeitweilig um zum Teil 35 %.

Neben solchen relativ leicht erfassbaren "demographischen Mechanismen" könnten aber auch Motivationen (z. B. Kinderwünsche) und Verhaltensweisen (z. B. Ortsverbundenheit oder Sesshaftigkeit) bewahrt bleiben und, wenn auch nicht vordergründig, die weitere demographische Entwicklung zumindest sekundär oder in Überlagerung beeinflussen. Der Umstand, dass zur Zeit etwa 85 % aller West-Ost-Migranten in Mecklenburg-Vorpommern Rückkehrer sind, beschreibt zwar nur eine Facette dieses Bildes, könnte aber ein deutlicher Ausdruck für die Wirksamkeit von Subdominanten im Migrationsverhalten sein. Damit zeigt sich ein Forschungsbedarf mit einer spezifischen geosozologischen Ausrichtung.

Bezugnehmend auf den bereits oben beschriebenen räumlich differenzierten *Überalterungsprozess*, der bis 1990 fast ausschließlich auf die extrem ländlichen und zugleich landwirtschaftlichen Standorte beschränkt war, ist in Folge der jüngeren Entwicklung eine neue Qualität eingetreten. Sie widerspiegelt sich am deutlichsten in der anteiligen Veränderung der Hauptaltersgruppen auf Gemeindebasis 1991-96 (vgl. **Tabelle**).

In den verringerten Anteilen der Altersgruppe bis unter 15 Jahre widerspiegelt sich auch die seit 1990 anhaltende Geburtenrezession, die der Osten Deutschlands insgesamt erlebt, welche ihrerseits auf die starke Verringerung des Geburtenpotentials zurückzuführen ist. Die Rückläufigkeit des Kinderanteils ist in vielen Gemeinden aber deutlich größer als der Geburtenausfall. Sie resultiert auch aus der Abwanderung von Familien mit Kindern, zeigt damit die Bedeutung der Kinder und Jugendlichen als Mantelbevölkerung bei Wanderungsprozessen, d. h. als sogenannte passive Migranten.

Die gleichzeitige Vergrößerung des Bevölkerungsanteils im Rentenalter ist nicht nur ein Komplementär zum anteiligen Verlust jüngerer Altersgruppen. Sie geht auch darauf zurück, dass diejenigen Jahrgänge, welche z. Z. in das Rentenalter überwechseln, relativ stark besetzt sind. Bemerkenswert sind einige kleinräumige Tendenzen zur Überalterung durch Zuzug, auch über die Landesgrenze hinweg. Wieweit sich die verstärkte Wahl attraktiver Küstenorte als Altersruhesitz durchsetzen wird und letztlich in der statistischen Bilanz des Landes Position beziehen kann, bleibt abzuwarten.

Bis 1990 waren die kleinen Landgemeinden als migrationelle Quellorte auch hinsichtlich der Altersstruktur der Bevölkerung das Gegengewicht zu den Zentren der Kreise und Bezirke, welche als Migrationsziele eine nach dem Durchschnittsalter extrem junge Bevölkerung hatten. Allein die sechs Stadtkreise umfassen bis heute etwa ein Drittel der Einwohnerzahl des Bundeslandes (1995: 32,9 %) und dominieren damit die auf die Hauptaltersgruppen beschränkte Statistik, welche Mecklenburg-Vorpommern insgesamt selbst noch acht

Jahre nach Beginn der demographischen Vereinigungsrezession als Land mit einer vergleichsweise günstigsten Altersstruktur ausweist: (**Tabelle** Altersstruktur nach Hauptaltersgruppen)

Die heutigen Wanderungsprozesse überlagern sich mit den älteren Bewegungen einerseits quasi kompensierend, andererseits verstärkend. In der aktuellen Diskussion der Bevölkerungsentwicklung stehen neben den Geburtenausfällen vorrangig die enormen Wanderungsverluste der bisherigen Zuzugszentren im Mittelpunkt. Sie stehen eng mit den Zuzügen in die Stadt-Umland-Gebiete dieser Zentren in Verbindung. Daneben gibt es viele Standorte, ja Regionen, in denen die Abwanderung ähnlich intensiv wie zur DDR-Zeit die bestimmende Komponente in der Bevölkerungsentwicklung ist, zum Teil sogar als ungebrochene Fortsetzung der älteren Prozesse angesehen werden kann. In jedem Falle bauen die Prozesse auf älteren Strukturen auf.

Hinsichtlich der *geschlechtlichen Differenziertheit* der gegenwärtigen Wanderungen in Mecklenburg-Vorpommern muß konstatiert werden, daß die Prozesse für die meisten Abwanderungsgemeinden ähnliche Konsequenzen hervorbringen, wie in den 80er Jahren. Dabei ist bemerkenswert, dass sich der Verlust an weiblichen Personen in den ländlichen Gemeinden vorzugsweise auf die biographische Phase des Schulabschlusses orientiert bzw. an den Eintritt in das Berufsleben gebunden ist. Er folgt damit nicht so sehr den klassischen westdeutschen Mustern, nach denen der Einfluss von Eheschließung und Familiengründung auf die Migration der jungen Frauen durch Veränderung der individuellen Lebensstrategien zwar auch nicht mehr dominant ist, aber immer noch signifikant stärker als im Osten.

Für die Bewertung der diesbezüglichen Prozesse in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990 bietet die offizielle Statistik mit der Analyse der Altersgruppe 15 bis unter 20 Jahre des Jahres 1991 eine erste Gelegenheit. Die Kohorte ist mit den 20- bis unter 25jährigen von 1996 altersgruppengleich. Bereits ein grober Überblick der Entwicklung des Anteils der Gemeinden nach Grad des Frauenüberschusses bzw. -defizits (vgl. **Tabelle**) zeigt die selektive Wirkung aktueller Migrationsprozesse, denn die registrierten Sterbefälle dieses Alters können statistisch vernachlässigt werden.

Im Landesdurchschnitt war vor 25 Jahren auch bei dieser Altersgruppe zum Zeitpunkt der Geburt ein geringer Überschuss an Jungen (4,8 %) vorhanden, der sich von den geburtlichen Sexualproportionen der DDR insgesamt oder der BRD kaum unterschied.

Bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres ist die Wahl des Wohnortes vormundschaftlich abhängig. Die Erlangung der Volljährigkeit, die zumeist mit der ökonomischen Selbständigkeit zusammenfällt, ist für die freie Entscheidung über Migrationen vorauszusetzen, wodurch eine Untersuchung der oben genannten Kohorte besonders sinnvoll erscheint.

Ausblicke

Die demographischen Folgen der deutschen Vereinigung werden zumeist auf Geburtendefizite im Osten und Abwanderung in den Westen reduziert. Letzteres kann im wesentlichen als überwunden gelten und auch in der Fertilität ist die Anpassung des Ostens an eine gewisse gesamtdeutsche Normalität fast abgeschlossen. Obgleich beide Sachverhalte langfristige Wirkungen in der regionaldemographischen Lage der BRD erzeugt haben, verlieren sie als Prozess zunehmend an wissenschaftlichem Interesse.

Hingegen stellt die auch heute noch besonders starke Abwanderung vieler junger Frauen aus den meisten Gemeinden des ländlichen Raumes eine andere Herausforderung für die Gesellschaft dar, denn sie ist nicht nur als überproportionaler Verlust des demographischen Reproduktionspotentials zu verstehen, sondern im tieferen Sinne des Wortes nachhaltig. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, dass die sexualspezifische Differenzierung des Wanderungsverhaltens sich nicht auf die Binnenwanderung beschränkt; im Gegenteil: Allein 1992 entfielen im Saldo über 95 % der Abwanderungen aus Mecklenburg-Vorpommern auf Frauen. Dieses Ungleichgewicht hat sich zwar nicht lange so extrem gehalten, dennoch dominieren die Frauen bis heute in der Abwanderung.

Die Resultate sexual-selektiver Migration für die demographisch aktivste Altersgruppe von 20 bis unter 40 Jahren auf Gemeindebasis werden hinsichtlich der Sexualproportionen in der **Karte** dargestellt. Es dürfte als ungewöhnlich zu bemerken sein, daß sich vordergründig keine klaren räumlichen Muster abzeichnen. Erst bei genauerer Ortskenntnis werden einige Regelmäßigkeiten deutlich. So hat kaum einer der Zentralen Orte in der betreffenden Altersgruppe einen Frauenüberschuß. In den größeren Zentren ist das Frauendefizit nur an

jenen Standorten geringer als 10 %, die in den späten 80er Jahren besonders stark durch Zuzug jüngerer Personen aufgewertet wurden (Greifswald, Neubrandenburg, Schwerin).

Die flächenhafte Ausprägung stärkerer Männerüberschüsse in zentrumsfernen Räumen ist besonders bedenklich, da sie standörtlich und regional mit einer Vielzahl sozialer und ökonomischer Probleme korrespondiert. Die Gleichsetzung von Frauendefizit und Kulturdefizit ist für eine wissenschaftliche Position vielleicht zu simpel und sogar etwas zu polemisch, dennoch läßt sich die hochgradige Vernetztheit des Problems kaum besser charakterisieren.

Letztlich ist zu hinterfragen, ob mit der Kontinuität der migrationellen Siebung in den ländlichen Gebieten Ostdeutschlands nicht auch die heute forschungsseitig nicht mehr so leicht erschließbaren Bereiche der Gesellschaft verknüpft sind, wie z. B. die intellektuellen Potentiale. Um zu erfahren, ob Abwanderung in den Dimensionen der am stärksten ruralen Räume Mecklenburg-Vorpommerns auch weiterhin zur Degradation von Gebieten führt, ist aber noch ein erheblicher Forschungsbedarf zu befriedigen. Die Komplexität der Aufgabe führt weit über die traditionellen Arbeitsfelder der etablierten Einzelwissenschaften hinaus. Es ist ein interdisziplinärer Ansatz, der mit spezifischen Fragen u. a. in folgende Bereiche hinein reicht:

- Bildungspolitik: Dürfen mit Blick auf die Qualifikationsdefizite neuralgische Detailfragen, wie z. B. die Schulstandortproblematik, noch in der Kompetenz der Fachplanung entschieden werden?
- Arbeitsmarktpolitik: Lässt sich an durch Migration geschwächten Orten eine Qualitätsbestimmung des Humankapitals vornehmen, die zu einer Standortbewertung kommt, welche zur Wirtschaftsförderung genutzt werden kann?
- Sozialpolitik: Benötigt die Gesellschaft seitens der Frauendefizite neue Strategien bzw. ein neuartiges Selbstverständnis zur Bewältigung von sozialen Aufgaben, Spannungen und Konflikten?
- Raumordnung: Brauchen wir angesichts der Problemlage von Regionen mit extrem geringer Bevölkerungsdichte seitens der Raumordnung und Landesplanung neue Instrumente oder eine andere Ausrichtung des gegebenen Instrumentariums – oder "nur" neue Leitbilder?

Ein Versuch, diese Fragen forschungsseitig zu vertiefen, wird gegenwärtig mit dem Projekt "Demographisch-Soziologische Disproportionen - DSD" eingeleitet. Es soll auch zu einer angemessenen Relativierung dieser Thematik beitragen, denn unter Beachtung des anstehenden europäischen Integrationsprozesses dürften die Probleme ländlicher Entleerungsgebiete in Deutschland bestenfalls eine Andeutung der im kontinentalen Maßstab zu erwartenden Entwicklung sein, auf die wir unbedingt besser vorbereitet sein sollten.

Literatur

BAUDISCH, W.; WINTER, K.: Mein Kind soll in die Hilfsschule. Berlin 1989.

KRAMBACH, K. u. a.: Wie lebt man auf dem Dorf? Schriftenreihe Soziologie. Berlin 1985.

STROHBACH, E.: Die Territorialstruktur der Bevölkerungsreproduktion: Erfordernisse, Schwerpunkte und Probleme der demographischen Forschung. In: Räumliche Bevölkerungsbewegung in sozialistischen Ländern. Beiträge zur Demographie; 4. Berlin 1980. S. 21-30.

WEBER, E.: Die Bevölkerungsentwicklung in den Nordbezirken der DDR unter dem Einfluss der Konzentration. In: Entwicklung der Siedlungsstruktur im Norden der DDR. Wissenschaftliche Abhandlungen der Geographischen Gesellschaft der DDR; 12. Gotha, Leipzig 1975. S. 69-85.

WEISS, V.: Psychogenetik - Humangenetik in Psychologie und Psychiatrie. Jena 1982.

WEISS, W.: Typisierung der territorialen Bevölkerungsreproduktion in den Nordbezirken. Forschungsbericht G3 (unveröffentlicht). Greifswald 1987.

WEISS, W.: Zur Bevölkerungsdynamik in den Gemeinden der Nordbezirke der DDR. Habilschrift an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität (unveröffentlicht). Greifswald 1989.

WEISS, W.: Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum Ostdeutschlands am Beispiel der Region Vorpommern - aktuelle Prozesse, Potentiale und Restriktionen für die Raumentwicklung. In: GANS, P.; KEMPER, F.-J.: Mobilität und Migration in Deutschland. Erfurter Geographische Studien, 3. Erfurt 1995. S. 115-133.

WEISS, W.: Mecklenburg-Vorpommern: Brücke zum Norden und Tor zum Osten. Gotha 1996.

Sofern nicht anders vermerkt, beziehen sich alle Zahlen auf Angaben des Statistischen Landesamtes Mecklenburg-Vorpommern.

Kurzfassung

In einem über mehrere Jahrzehnte nahezu starren Rahmen bildeten sich im ländlichen Raum der DDR komplexe soziale Mechanismen heraus, die zu einer permanenten gleichförmigen Einflußnahme auf das demographische Potential der ländlichen Gemeinden führten. Die bedeutsamste Komponente in diesem Kontext war - neben einer gewissen Kompensation durch höhere Fruchtbarkeit - die stetige selektive Abwanderung aus dem ruralen Raum, deren Konsequenzen noch mindestens über eine Generation hinwegreichen dürften.

Relative Überalterung, Qualifikationsdefizite (intellektuelle und kulturelle Degradation) und die Deformierung der Sexualstruktur mit erheblichen Frauendefiziten in den demographisch aktivsten Altersgruppen der Bevölkerung vieler Dörfer der agraren Gebiete zwischen relativ weitständigen Zentren sind die wesentlichen Resultate dieser Entwicklung.

Die aktuellen Prozesse deuten nach Überwindung der demographischen Irritationen im Prozess der deutschen Vereinigung eine partielle Reaktivierung der migrationellen Relationen der 70er und 80er Jahre an, woraus sich sozialräumliche Spannungen mit einer neuen Qualität entwickeln konnten.

Altersstruktur nach Hauptaltersgruppen	Bevölkerungsanteil unter 15 Jahre	Bevölkerungsanteil 60 Jahre und älter
Bundesrepublik Deutschland insgesamt	16,2 %	20,9 %
Mecklenburg-Vorpommern insgesamt	17,7 %	18,3 %
Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern	18,4 %	18,7 %
Kreisfreie Städte in Mecklenburg-Vorpommern	16,4 %	13,0 %

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern; Berechnung HILBIG 1998.

Tabelle: Entwicklung der Gemeinden nach normierten Sexualproportionen der 15 bis unter 20jährigen von 1991 zur altersgruppengleichen Kohorte 20 bis unter 25jähriger von 1996 in Mecklenburg-Vorpommern

Frauenanteil bezogen auf 100 Männer (in %)	Gemeinden in %	
	1991	1996
Gemeinden mit hohem Frauenüberschuss (>125%)	17,3	13,4
Gemeinden mit mäßigem Frauenüberschuss (125% bis >110%)	9,6	6,8
Gemeinden mit relativ ausgeglichen Sexualproportionen (110% bis 90%)	25,8	16,9
Gemeinden mit mäßigem Frauendefizit (<90% bis 75%)	21,0	20,3
Gemeinden mit hohem Frauendefizit (<75%)	26,3	42,6

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern; Berechnung HILBIG 1998.

Komponenten und Auswirkungen der permanenten selektiven Migration aus ländlichen Abwanderungsgebieten

Migrationskomponente:	Wirkung:	Folgen:
altersspezifische Gewichtung	Verschiebung in der Altersstruktur	relative Überalterung
geschlechtliche Differenziertheit	Deformierung der Sexualstruktur	Frauendefizit im demographisch aktiven Alter
Qualifikationsorientiertheit	intellektuelle Selektion	Überhäufigkeit gering Qualifizierter

Tabelle: Anzahl und Anteil der Gemeinden nach Hauptaltersgruppen (unter 15 Jahre und 65 Jahre und älter) sowie deren Anteil an der jeweiligen Einwohnerzahl im Vergleich der Jahre 1991 und 1996 in Mecklenburg-Vorpommern

Anteil der Altersgruppe an der Einwohnerzahl in %	bis unter 15 Jahre								65 Jahre und älter							
	1991				1996				1991				1996			
	Gemeinden		Einwohner insgesamt		Gemeinden		Einwohner insgesamt		Gemeinden		Einwohner insgesamt		Gemeinden		Einwohner insgesamt	
	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%
bis unter 5	-	-	-	-	-	-	-	-	5	0,5	9592	0,5	5	0,5	3204	0,2
5 bis unter 10	-	-	-	-	1	0,1	-	-	183	17,0	612913	32,7	161	14,9	236911	13,0
10 bis unter 15	18	1,7	3896	0,2	82	7,6	201893	11,1	654	60,7	1138518	60,7	587	54,5	1256576	69,2
15 bis unter 20	256	23,8	361490	19,3	671	62,3	1400728	77,1	205	19,0	105572	5,6	283	26,3	307274	16,9
20 bis unter 25	654	60,7	1396102	74,4	306	28,4	208346	11,5	26	2,4	8845	0,5	39	3,6	12121	0,7
25 bis unter 30	136	12,6	105271	5,6	16	1,5	5131	0,3	4	0,4	756	0,0	2	0,2	241	0,0
30 und mehr	13	1,2	9437	0,5	1	0,1	229	0,0	-	-	-	-	-	-	-	-

„Anz.“ = Anzahl

(Die Angaben gelten für den Gebietsstand ab 1994, für insgesamt 1077 Gemeinden - ohne Brunow und Dambeck, deren Eingemeindung in das Land Mecklenburg-Vorpommern erst nach 1991 erfolgte.)

Quelle: Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern; Berechnung HILBIG 1998.

Bibliographische Angabe:

WEISS, W. und A. HILBIG: Selektivität von Migrationsprozessen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern. In: Informationen zur Raumordnung, 11,12/1998, S. 793-802.